

Hallische Zeitung

vorm. im G. Schwesfke'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

N 143. Verlag der Actien-Gesellschaft Hallische Zeitung.

Halle, Mittwoch, 23 Juni.

Verantwortl. Redacteur: Professor Dr. G. Gerbard.

1881.

Abonnements-Preis pro Quartal 3 Mark. Die Hallische Zeitung erscheint wöchentlich in erster Ausgabe...

Insertionsgebühren für die fünfgeplattete Zeile oder deren Raum für Halle u. Reg.-Bez. Merseburg nur 1 Pf., von 15 Str. Reclamen an der Spitze des Inseratenblattes pro Zeile 40 Pf.

Abonnements

für III. Quartal 1886 auf die „Hallische Zeitung“ (amtliches Organ des Königl. Landrathsamtes des Saalkreises) nebst „landwirthschaftlichen Mittheilungen“ und „flukstrirten Sonntagblatt“ nehmen...

Wir bitten um möglichst schnelle Bewirtung des Abonnements, da erfahrungsmäßig bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des Monats nicht vollständig geliefert werden können.

Inserate die 3 gefaltete Petitzeile 15 Pf. für Anzeigen aus dem Regierungsbezirk Merseburg, sonst 18 Pf., werden gleichzeitig kostenfrei in das

Hallische Inseratenblatt

ausgenommen und finden Inset in einer Auflage von 18000 Exemplaren Verbreitung.

Expedition der Hallischen Zeitung.

Politischer Tagesbericht.

Deutsches Reich.

Der Reichs- und Staatsanzeiger veröffentlicht eine Allerhöchste Verordnung, betreffend die Einlage und die Kaufsur von Gewandten, sowie von sonstigen Gegenständen des Weins- und Gartenbaus vom 16. Juni 1886, sowie den Wortlaut des Vertrages zwischen Deutschland, den Niederlanden und der Schweiz, betreffend die Regelung der Fischerei im Stromgebiet des Rheins vom 30. Juni 1885.

Im Verlauf dieser Woche wird über ein feit Jahren geplantes, vielfach beprobenes Unternehmen — die im Jahre 1888 zu veranstaltende Deutsche Nationale Gewerbe-Ausstellung — entschieden werden. Der Bundesrath wird über die Vorlage, welche die Bewilligung von drei Millionen Mark aus Reichsmitteln bewirkt, am Mittwoch, vielleicht Donnerstag entscheiden; die Stadtverordneten von Berlin werden an eben dem letztgenannten Tage über die Vorlage des Magistrats, welche den Exploster Part als Platz für die Ausstellung und zwei Millionen als successio zu zahlenden städtischen Beitrag für das Unternehmen nachst, zu beschließen haben. Es kann jetzt nur gemüthlich werden, daß alle deutschen Stämme sich zu dem friedlichen und fruchtbringenden Unternehmen einer zum ersten Male seit Wiederherstellung des Reichs zu veranstaltenden Ausstellung der Ereignnisse deutschen Kaiserthums und nationaler Gewerbebetriebe vereinigen. Es heißt, daß die Großindustrie dem Ausstellungspläne nicht günstig gesinnt sei. Aber noch in der verflochtenen Woche ist, wie eine inzwischen — wie die „Nat.-Ztg.“ hört — dem Bundesrath überreichte Eingabe erneuert, eine Kundgebung von über 200 ausschließlich Großindustriellen aus Baden, Bayern, Württemberg, Sachsen, Thüringen und Preußen erfolgt, welche die Bewilligung der Reichshilfe warm befürworten. Dadurch verlieren die gegenwärtigen, auf sehr particularistischen Interessen beruhenden Oppositionen sehr an Gewicht, umso mehr, als Berlin bei dieser fürwärtigen Eingabe ganz zurückgetreten und nur der Form wegen mit drei großen Firmen betheilt ist.

Die Sitzung der bayerischen Kammer der Reichsräthe begann am Montag Nachmittag um 5 Uhr. Anwesend waren sämtliche Reichsräthe, die Minister und fast sämtliche Reichsräthe. Der Präsident theilte mit, daß er im Namen des Reichsraths der Königin-Victoria condolirt habe. Der Referent des Ausschusses, von Neumann, berichtete über die Verhandlungen des geheimen Ausschusses betreffs der Reichsgesetzgebung und theilte mit, daß der Ausschuss die Doctoren Graebner, Hubrich, Hagen und Müller bezüglich des eingereichten Gutachtens über den Zustand des verstorbenen Königs, sowie in Betreff der Details der geistigen Krankheit und des Sectionsbefundes vernommen habe. Die Vermuthung habe sich ferner ausgesprochen auf die früheren Cabinetschefs Biegeler und Müller, sowie auf die Diener Felschmiedt, Meyer und Becker, welche dem König in der letzten Zeit ausschließlich persönlich umgeben und den Stallmeister Horn, welcher dem Könige Jahre lang nahe gestanden, endlich sei auch noch eine Anzahl minder wichtiger Zeugen vorgeladen worden. Aus dem so gewonnenen Gesamtmaterial stelle sich die Krankheit dar als allmählich hervorgegangen aus der Schicht nach der Einsamkeit, so daß dem Könige schließlich der Verzicht mit Menschen wahrhaftig entziehen erschienen sei. Ferner hätten sich fürchterliche Wahnvorstellungen entwickelt, während deren der König oft Stunden lang herumtrief, oft mehrere Stunden lang schwebeliegend, Wasser vor sich glaubte u. s.; endlich sei eine phantastische Sucht nach Projecten hervorgerufen. Beispielsweise habe der König zwei Mal Horn nach Capri geliebt, um die beste klimatische Behandlungsort der dortigen blauen Gratte herzustellen. Der König habe Bayern verlassen wollen, um ein Reich mit absolutistischer Regierungsform zu kaufen, und habe die eingeladenen Staatsräthe und selbst die Gesamtvertretung des Ministeriums vom 6. Mai den Stallbeamten zur Erledigung überwiesen. Referent erwähnte weiter hin die schweren Mißhand-

lungen der Bediensteten bei den geringfügigsten Anlässen, betonte das stete Gerummeln nach Geld bei allen europäischen Gällen und bemerke mit Bezug auf die Meldung der Mütter über angebliche Unterhandlungen mit dem Grafen von Paris, die Commission habe in den Akten und aus den persönlichen Vernehmungen absolut keine Andeutungen auf dergleichen gefunden, außer auf einem vom Könige corrigirten Zettel über eine Anfrage um Geld bei dem Grafen von Paris. Die hinterlassenen Tagebücher des Königs seien aus Privat und weil das anderweit vorhandene Material ausreichte, sei nicht durchgesehen worden. Zur Entlastung des Ministeriums hebt der Referent den Bericht des Finanzministers an den König vom 29. Mai 1885 und weitere Berichte hervor, auf welche der Ministerpräsident einen Zettel des Königs erhielt, in welchem ihm aufgetragen wurde, dem Finanzminister einen Verweis zu ertheilen. Am 26. Januar 1886 habe der König an den Minister des Innern Zettel geschickt, nach welchen der Minister im Falle der Nichtbeschaffung von 20 Mill. behufs Fortsetzung der Bauten das Land verlassen müßte. Am 17. April habe der König das Ministerium beauftragt, bei dem Landtage eine Anleihevorlage für die Kabinetskasse einzubringen, was die Minister abgelehnt hätten. Dies habe den König zu Wuthschriegen veranlaßt. Der Referent schloß mit dem Antrag auf Genehmigung der Regentia. Die Kammer beschloß, die Generaldebatte und die Spezialdebatte zusammenzulassen. Der zweite Präsident Frhr. von Freyherren erwiderte die Verfassungsfrage des Befragens der Minister und erklärte, die Kammer könne dem Prinzregenten das vollste Vertrauen entgegenbringen. Graf zu Orenburg bemängelte, daß das Ministerium, welches den Zustand des Königs gekannt, so lange Zeit hindurch von dem gestirnten Monarchen Staatsakte habe vollziehen lassen, daß die Minister niemals den Versuch zu einem persönlichen Befehl gemacht und rügt das Vorgehen der Staats-Commission in Hohenheimgang und die Ueberführung des Königs nach Berg. Redner spricht im Uebrigen sein Vertrauen zum Prinzregenten aus. Ministerpräsident v. Luß verteidigt das Verhalten der Minister. Ihr Gewissen sei ruhig und frei. Die Kammer verbläube die Möglichkeit des Verlaufs der Thatsachen; das Ministerium habe deren Entwicklung gesehen. Bis zum Januar 1886 habe das Ministerium Nichts von der Geisteskrankheit des Königs geahnt und nur von den Verleugern der Kabinetsliste gewußt. Erst die fortwährenden Anleiheverträge durch untergeordnete Zwischenpersonen hätten das Ministerium auf eine mögliche Geisteskrankheit aufmerksam gemacht. Ende März hätten die ersten Unterredungen mit Dr. Guden stattgefunden. Wären wir Psychiater gewesen, wir hätten schon früher angefangen. Luß hob weiterhin die Schwierigkeiten der Materialbeschaffung und der Zusagevernehmung und die große Verantwortlichkeit des Ministeriums bei solcher Satisfaction hervor und sagte, das Ministerium wolle lieber den Vorschlag tragen, zu früh vorgegangen zu sein, als zu spät. Die Verhältnisse des Landes seien übrigens hiedurch in keiner Art geschädigt worden. Der Ministerpräsident weist die zahllosen über die Katastrophe verbreiteten Reden zurück, betont dem Reichsrath, Grafen zu Orenburg gegenüber die Erfolglosigkeit jeglicher persönlichen und schriftlichen Auftrags gegen den König. Der Minister rechtfertigt schließlich die gethanen Schritte in Hüssen, Spangenberg und Berg, erwidert, jedoch das Verfahren Guden's. Fürst Zehmen'schen Freudenberg glaubt, daß dem zufolge sich jetzt fassliche Minister-Regentenschaft herstelle, da die Geisteskranke des Königs mindestens im Auslande längst verumthet wurde, während das Ministerium bei Confliten mit der Kammer sich stets auf das Vertrauen des Königs berufen habe. Der Referent verteidigt auf das Schlußwort. Hierauf wurde der Antrag des Ausschusses, der Regentia die Zustimmung zu ertheilen, von den anwesenden 48 Reichsräthen einstimmig angenommen. Der Dotationsantrag wurde dem Finanzauschuß überwiesen. Der Präsident schlägt schließlich vor, allenfallsige Anträge betreffs Interpretation von Titel 10 Kapitel 18 der Verfassung (Beamteneinstellung wäp. und der Regentia) einem Ausschuss zu übergeben.

Traten die Minister früher, ohne das richtige überwältigende Material von heute vor die Kammer, so riskirten sie nichts, als — ihre Köpfe, mitbeweis eine kleine Heide von Jahren im Lichtbaste zu verbrinnen, als Hochverräter, wenn die Kammer das begehrtete Material ungenügend fanden, während ihre Ankläger von heute, so weit sie Angehörige sind, nichts als einen Ordnungsruf oder Bortentziehung riskiren, wenn sie die Sache lo über so zur Sprache brachten. Wenn von Schüligen gesprochen wird; wer ist durch sein Schweigen mehr schuldig, der höchstens einen Ordnungsruf riskirt, oder der Amt, Stellung, Buchstaus oder sogar seinen Kopf riskirt? Selbstverständlich sind die übrigen ultramontanen Blätter über diese Anklagen sehr entrüstet. So sichtsich der „Verträtliche Merkur“ veranlaßt, auf die „verträtliche Rolle“ des Eiligtlichen Vaterlandes aufmerksam zu machen.

Die Pariser orleanistische Presse heisst sich, die Nachrichten über die Verhandlungen zwischen dem Grafen von Paris und dem König Ludwig von Bayern nummer, nachdem dieselben durch den Tod des Königs gegenstandslos geworden sind, zu demontiren. So wenig Verth im Allgemeinen den Aeußerungen von Blättern von so zweifelhafte Glaubwürdigkeit, wie des „Gaulois“ und des „Figaro“, beizulegen ist, so gewinnen dieselben doch dadurch an Gewicht, daß auch der Minister v. Graßheim die Wichtigkeit der Darstellung betreibt, welche über die Affaire gegeben worden ist. Es folgen Veröffentlichungen bevorzugen, durch welche der dunke Schattent, der in dieser Beziehung auf den verstorbenen König gefallen ist, wenigstens erheblich gemildert wird. Es scheint sich also bei der ganzen Angelegenheit um französische Jubringlichkeit zu handeln, welche die bedrängte Lage des Königs von Bayern nach besten Kräften auszubehuten versuchte.

Es wäre um so mehr zu wünschen, daß das Andenken des unglücklichen Königs von diesem bunten Flecken gereinigt werden könnte, als jetzt auch das Verdict, das er sich um die Wiederaufrichtung der Kaiserkrone erworben, zu schmälern versucht wird. In einer den „Dresd. Nachr.“ zugegangenen Aufschrift wird nämlich der Kaiser, König Ludwig habe sich erst nach heftigem Widerstreben zu dem bekannten Briefe, welcher die deutschen Fürsten zur Auerbietung der deutschen Kaiserkrone an König Wilhelm aufforderte, entschlossen, nachdem König Johann von Sachsen sich auf eine Anfrage von Berlin aus dazu bereit erklärt hatte.

Als nunmehr der Großherzog von Baden bei König Ludwig Schritte that und ihm antrug aus der Geneigtheit des kaiserlichen Königs sein Hehl gemacht wurde, da ergab er unglücklicherweise, einer eifersüchtigen Forderung, die Initiative — nein die Feder und schrieb den berühmtesten Brief, der ihm nicht geschrieben worden ist, an große Herrscher. Die amtliche „Zeitg.“ erwidert die Aufschrift der „Dresd. Nachr.“ und erklärt, daß auch ihr und zwar von bayerischer Seite der Sachverhalt in dieser Weise geschildert worden sei.

Schon im Jahre 1871 war es, wie die „Nat. Ztg.“ bemerkt, „in politischen Kreisen hinlänglich bekannt, daß König Ludwig keineswegs aus eigener Initiative handelte, daß er vielmehr zu dem Schritte durch die Vorstellung, daß andersfalls von einem anderen deutschen Fürsten die Anregung gegeben würde, veranlaßt ward. Auch galt schon damals der Großherzog von Baden als derjenige deutsche Fürst, welcher aus eigenem Antriebe auf die Wiederherstellung der Kaiserwürde drängte und sie beantragt hätte, wenn es nicht von dem Beherrscher eines größeren Bundesstaates geschähe wäre.“

Aber selbst wenn der Wittelsbacher Stolz des Königs, der sein Haus für älter und vornehmer hielt, als das Hohenpollern'sche, dem Obanken widerstrebt, diesem Hause die deutsche Kaiserkrone übertragen zu sehen, so würde die Thatsache keinen Augenblick das vielleicht noch größere, 8 Monate hinter der Erhebung des Königs von Preußen zum deutschen Kaiser zurückliegende, nicht hoch genug anzuschlagende Verdienst des Königs Ludwig beinträchtigen, daß er in der Kriegserklärung Frankreichs an Preußen seinerseits ohne Zaudern den reichs föderalis erkannte und bemüht sein Heer dem Bundeshaupt unterstellte.

Die Friedensstimmung der römischen Curie spiegelt sich in charakteristischen Aeußerungen der offiziellen vatikanischen Presse über deutsche Verhältnisse wieder, welche einer verständlichen Saltung der katholischen Parteien das Wort reden. In diesem Sinne bespricht der „Observatore Romano“ die Zukunft und die Aufgabe des Centrums.

Nachdem das römische Vatikan die schon vom Mon. de Rome hervorgehobene Thatsache vermeldet, daß das Centrum neben der irdenpolitischen Streifung noch auf socialen Gebiete eine große Aufgabe zu erfüllen habe, betont dasselbe, der „Germ.“ zufolge, an die Enciclica des h. Vaters über die locale Frage anknüpfend, daß die kirchliche Kirche einen mächtigen Faktor bilde, mit dem jeder rechnen müsse, der auf socialen Gebiete etwas erreichen wolle. D. S. Centrum werde diesen Gesichtspunkt nie aus den Augen verlieren und mit der gemöthlichen Entschlossenheit und Kampfesfreudigkeit auf der bestreuten ehrenvollen Bahn fortzuehen, welche ihm die Sorge um die socialen Interessen des Landes stets vorsehnen hätten. Gemüthlich habe, das eben hienemittliche Schaar die vollständige Verwirklichung ihres Programms, wie es von Neneinam ausgestellt und in e aufgelesen war, sich zur Lebensaufgabe stellen müssen, und an ein großes Ziel werde es begehrt werden müssen, wenn auch die Katholiken anderer Länder dem gegebenen Beispiele der ausdauernden Thätigkeit der deutschen Katholiken folgen würden, weil nicht nur in Deutschland, sondern auch in der ganzen Welt die unabhingige Vornehmheit einer socialen Reform vorliegt und überall die Wege, welche hierin zum Ziele führen, dieselben seien.







